Prof. Dr. Herbert Schui

(Hochschule für Wirtschaft und Politik, HH)

Richtig besehen haben wir keine Krise der Arbeitsgesellschaft oder eine Krise der Erwerbsarbeit - ich glaube, wir haben eine ganz andere Krise, nämlich eine intellektuelle Krise. Der Grund für diese Vermutung ist, daß zwar alle davon reden, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen, daß aber niemand im Chor der politischen und akademischen Prediger ein Wort darüber verliert, was die Gründe für die Arbeitslosigkeit sind. Das ist doch nicht anderes, als wenn ein drittklassiger Arzt versucht, ex juvantibus - wie das im Jargon heißt - durch Rumquacksalbern schließlich zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Wie fassen wir denn nun in zehn Minuten die Gründe zusammen? Ich will es mit einigen abstrakten Überlegungen probieren. Denn abstrakt ist am einfachsten und läßt sich am schnellsten abhandeln.

Nehmen Sie an, es gäbe eine Bauernwirtschaft und diese Bauern sind die Eigentümer ihrer Produktionsmittel. Es gibt keine Lohnarbeit; die Arbeitenden verfügen uneingeschränkt über das Produkt ihrer Arbeit. Weiter wird realistischerweise unterstellt, daß diese Leute mehr erzeugen, als sie zu ihrem Lebensunterhalt unmittelbar benötigen. Das ist die Eigenschaft jedweder Arbeit. Den Überschuß, den sie so erzeugen, sammeln sie und kaufen dafür Traktoren. Nach Einsatz diese Traktoren ergibt sich, daß sie nun nicht mehr 50 Stunden in der Woche arbeiten müssen, um ein bestimmtes Ernteergebnis zu erzielen, sondern daß 40 Stunden hinreichen. Was ist passiert? Die Arbeitsproduktivität ist durch die verbesserte Produktionstechnik um 20 Prozent gestiegen. Die Arbeitenden haben diese Effekte der Technisierung unmittelbar umgesetzt in Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (das Ernteergebnis, der Lohn, ist ja konstant geblieben). Es wird nun weniger gearbeitet, aber die materielle Konsumtion bleibt unverändert. Allerdings können diese Leute auch zu einem anderen Ergebnis kommen: Sie können die Arbeitszeit nicht von 50 auf 40 Stunden reduzieren, sondern nur auf 45. Dann ist die Produktion um das Äquivalent von 5 Arbeitsstunden je Mensch größer. Sie können überlegen, was sie mit dieser zusätzlichen Produktion anfangen. Folgendes steht zur Wahl: Sie konsumieren individuell mehr. Sie können aber auch, und dies ist wahrscheinlich, einen Staat gründen und das Produktionsergebnis dieser zusätzlichen 5 Stunden an den Staat abführen. Dieser Staat besorgt damit eine Reihe kollektiver Aufgaben. Welche Aufgaben der Staat übernimmt und wie hoch die Steuer individuell ausfällt, müssen die Bürger in einem demokratischen Verfahren regeln. Es muß eine effektiv partizipative Demokratie sein, damit sich das Interesse der Bürger auch tatsächlich in den Entscheidungen des Staates wiederfindet. Es kann beispielsweise entschieden werden, Straßen, Brücken und dergleichen bauen, also Infrastrukturinvestitionen, weiterhin können soziale Dienste eingerichtet werden, die Versorgung der Alten kann verbessert werden, all das läßt sich aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität als Folge des technischen Fortschritts machen. Aber nicht nur mehr Soziales und Infrastruktur sind nun möglich: Es können Lehrer eingestellt werden, Ingenieure ausgebildet werden, damit eine weitere Steigerungen der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann. Aber das ist noch nicht alles: Schauspieler, Theater und Kinos können finanziert werden, kleine Bühnen werden eingerichtet, so hier im Museum der Arbeit, auf denen Autoren wie Dario Fo oder Brecht gespielt werden. Dies zum Vergnügen, aber auch, damit das Verständnis der sozialen Umwelt, in der die Bürger dieses Staates leben, umfassender wird.

Kurz und gut, es gibt eine ganze Menge Möglichkeiten, aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität etwas zu machen, und mein Beispiel kann verdeutlichen, daß steigende Arbeitsproduktivität als Ergebnis von technischem Fortschritt nicht zu Armut und Arbeitslosigkeit, zur Minderung staatlicher Leistungen führen muß, sondern im Grundsatz die Voraussetzung ist für zivilisatorischen Fortschritt, wenn, ja wenn die Mitglieder der Gesellschaft Verhältnisse verwirklicht haben, die es ihnen ermöglichen, mit der verbesserten Produktionstechnik vernunftgeleitet umzugehen.

Das allerdings ist diese Gesellschaft nicht verwirklicht. Ohnmacht und Unwissenheit bringen es mit sich, daß technischer Fortschritt mit mehr Arbeitslosigkeit und Armut gleichgesetzt wird. Um ein Beispiel zur weiteren Illustration herauszugreifen: Alle reden vom Problem der Alterssicherung. Die unmöglichsten Argumente werden genannt. Ich will sie nicht wiederholen, nur das zentrale, das wichtige, das vernünftige Argument fehlt: Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in der privaten Wirtschaft hat sich trotz der Verkürzung der Arbeitszeit von 1968 bis jetzt verdoppelt. Viel spricht dafür, daß sich die Arbeitsproduktivität in den kommenden 30 Jahren nochmals verdoppeln wird. Wenn aber ein Mensch sein Produktionsergebnis je Jahr verdoppelt, dann kann sein Beitragssatz zur gesetzlichen Rente konstant bleiben, auch wenn er die doppelte Anzahl von Rentnern zu versorgen hätte. Und auch die staatlichen Einnahmen können sich bei unveränderten Steuersätzen verdoppeln, so daß die Gratisleistungen des Staates für seine Bürger (die Beispiele siehe oben!) bedeutend vergrößert werden können. Daß all das nicht Gegenstand der öffentlichen Diskussion, der Leitartikel, der Politikerreden und der Talkshows ist, zeigt doch, wie sehr diese Gesellschaft intellektuell verlottert ist. Das ist die intellektuelle Krise, von der vorhin die Rede war: Dieser Gesellschaft ist offenbar der Verstand ausgegangen. Daß dieser Gesellschaft die Arbeit ausgehen könnte, ist dagegen eine zutiefst blödsinnige Frage. Zu erörtern ist, wie gesagt, eine viel praktischere Frage. Ein Erwerbstätiger in der Privatwirtschaft erzeugt gegenwärtig einen Wert von rund 100.000 DM. Und jedes Jahr kommen ungefähr 3 Prozent, gleich 3.000 Mark, dazu. Zu entscheiden ist die Frage, was mit diesen 3.000 Mark geschehen soll.

Wie irrational diese Gesellschaft funktioniert, läßt sich an einem einfachen Zahlenbeispiel weiter illustrieren: Überlegen wir doch mal folgendes: 100 Leute erzeugen 1.000 Stück. Die Arbeitsproduktivität beträgt 10. Bringen wir den Umweltgedanken ins Spiel und unterstellen, daß diese 1.000 Stück materielle Produktion seien, was einen Stoffwechsel mit der Natur darstellt. Gehen wir weiter davon aus, daß 100 Beschäftigte für Vollbeschäftigung stehen. Nun steigt die Arbeitsproduktivität um 10 Prozent. Das schaffen wir locker in 3 Jahren. Bleibt nun die Produktion konstant bei 1.000, weil wir sie aus Umweltgründen konstant halten wollen oder weil die Nachfrage nicht über 1.000 ansteigt, weil die Löhne nicht gestiegen sind, dann wird die Anzahl der in der materiellen Produktion beschäftigten Personen von 100 auf 90 absinken. Die gegenwärtige Verarbeitung der steigenden Arbeitsproduktivität besteht darin, daß nun einfach 10 Prozent Leute arbeitslos werden. Diese 10 Arbeitslosen bekommen ein niedrigeres Einkommen, als wenn sie arbeiteten. Infolgedessen fragen sie weniger nach, so daß die Produktion und die Beschäftigung mangels Nachfrage um ein Weiteres absinken.

Und was ist die offizielle Erklärung für diese Arbeitslosigkeit? Das ist uns mittlerweile im Rahmen des ideologischen Breitensports eingebleut worden. Die Löhne sind zu hoch, ebenfalls die Lohnnebenkosten und die Gewinnsteuern! Es wird behauptet, daß es deswegen Arbeitslosigkeit gibt, weil der Einzelne mehr produziert und an diesem zusätzlichen Produkt durch einen höheren Lohn oder mehr Freizeit beteiligt werden will oder weil die steigende Arbeitsproduktivität es ermöglichen soll, daß die staatlichen Leistungen steigen. Ja, den Leuten wird weisgemacht, daß die Kosten, besonders die Löhne und die sogenannten Lohnnebenkosten gesenkt werden müßten, weil Arbeitslosigkeit eingetreten ist: Jeder soll auf Produkte verzichten, auch wenn er mehr erzeugt, also einen immer geringeren Teil dessen beanspruchen, was Ergebnis seiner Produktion ist. Dann, so das Versprechen, wird es ihnen besser gehen.

Doch zurück zu unserem Beispiel und damit zu einer intelligenteren, einer vernünftigeren Lösung: 100 Leute, so hatten wir gesagt, erzeugen 1.000 Stück, die Arbeitsproduktivität steigt, nun erzeugen 90 dieselbe Produktion in Höhe von 1.000 Stück. Nun, daraus muß sich keineswegs Arbeitslosigkeit ergeben. Die Sache muß in dieser Weise angegangen werden: Die Produktion bleibt mit 1.000 konstant. Damit können wir unverändert 100 Leute versorgt werden; die Versorgung pro Kopf kann konstant bleiben. Nun brauchen wir für die materielle

Produktion nur noch 90 Personen. Phantastisch! Da haben wir 10 Personen übrig, die nun andere wichtige Aufgaben erledigen können.. Die einen lernen Gärtner und halten die öffentlichen Anlagen instand. Die anderen werden Lehrer und die dritten werden Sozialarbeiter, Kindergärtner/innen usw. Wir können also die Menge der öffentlichen Dienstleistungen, die gratis an die Bürger abgegeben werden, vergrößern. Damit steigt die Wohlfahrt der Bürger, der öffentliche Dienst wird ausgedehnt. (Bei dieser Gelegenheit ist sicherlich die Frage zu diskutieren, ob und wie er reformiert werden soll.). Das ist die Lösung der Frage. Womit kann der Staat die dazu gekommen Personen im öffentlichen Dienst löhnen? Wenn dem Staat das gesamte Ergebnis der gestiegenen Arbeitsproduktivität, nämlich 10 Prozent von 1.000, als Steuern zufließt, dann ist Geld genug da. Das bedeutet allerdings, daß sinkende Arbeitskosten je Stück als Folge steigender Arbeitsproduktivität nicht verwandelt werden in einen steigenden Stückgewinn, sondern daß damit die öffentlichen Dienstleistungen ausgedehnt werden. Damit steigen die Gewinne der Unternehmen nicht. Dann werden aber auch, so der Einwand, ihre Investitionen nicht ansteigen. Richtig! Das ist voll und ganz erwünscht, weil ja der Umfang der materiellen Produktion aus Umweltgründen, wie wir unterstellt haben, konstant bleiben soll. Nun wird eingewendet werden, daß die Stückkosten nun höher ausfallen als in Ländern, in denen die gestiegene Arbeitsproduktivität die Gewinne erhöht hat und nicht vermehrte öffentliche Dienstleistungen finanziert. Der Standort ist in Gefahr. Das Kapital, ein scheues Reh, wie ja alle Artikelschreiber in den Zeitschriften wissen, ist schwupp weg. Und was dann? Nun, wenn der Standortwettbewerb oder der Wettbewerb allgemein uns daran hindert, aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität etwas Vernünftiges zu machen, dann ist der Wettbewerb nicht die geeignete Organisationsform. Dann muß er unter den Staaten unterbunden werden, damit die Abgaben an den Staat aus der Arbeitsproduktivität erhöht werden können, und dann muß, dies außerhalb des Beispiels, der Wettbewerb unter den Arbeitenden mit einem wirksamen Flächentarifvertrag verhindert werden, damit die Löhne steigen können.
Aber auch bei gegebenem Wettbewerb ist die Verteilungspolitik in Deutschland manövrierfähiger, als uns die Propaganda weiszumachen versucht. Deutschland hat im Vergleich zu den anderen Industrieländern die niedrigsten realen Lohnstückkosten, niedriger als die Vereinigten Staaten. Aber die USA haben, das muß doch zu denken geben, das höhere Wirtschaftswachstum.

Um es zusammenzufassen, das Problem der Arbeitslosigkeit und der sinkenden staatlichen Leistungen in einem Lande wie Deutschland ist zu erklären mit dem Unvermögen der Gesellschaft, mit einer steigenden Arbeitsproduktivität wohlfahrtsmehrend umzugehen. Das ist das Problem.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es 30 Jahre lang besser. Der Wettbewerb war reguliert. Auf dem Arbeitsmarkt durch konfliktfähige Gewerkschaften, international durch fixe Wechselkurse und einigermaßen funktionsfähige internationale Arrangements. Markt und Wettbewerb waren eingebettet in ein effizientes demokratisches System. Nun müßte man erklären, warum es der Neoliberalismus, der angetreten ist, um den Kapitalismus von den Fesseln der Demokratie zu befreien, geschafft hat, in den Industrieländern ganz legal eine Mehrheit zu finden. Wir müßten uns weiter fragen, ob angesichts der Zunahme der internationalen Wirtschaftsverflechtung nun gar nichts mehr gehen kann. Wir müßten die Frage stellen, ob denn der internationale Wettbewerb, wenn er nur dazu führt, daß die Länder der ersten Welt außerstande sind, ihre steigende Arbeitsproduktivität in steigenden Wohlstand umzusetzen, ob dann jene Zunahme der internationalen Wirtschafts-verflechtungen überhaupt, kombiniert mit Wettbewerb, eine geeignete Organisationsform der Ökonomie ist, besonders, wenn wir beachten, daß die Verdichtung jener internationalen Wirtschaftsbeziehungen in der Dritten Welt ja auch nichts als Armut hervorruft. Die zunehmende Armut in den Industrieländern ließe sich ja notfalls noch rechtfertigen, wenn dafür in den Entwicklungsländern alles vorwärtsgehen würde. Aber die Armut nimmt ja in beiden Hälften der Welt zu. Infolgedessen ist der Wettbewerb und die allgemeine Internationalisierung nicht die umfassend geeignete Organisationsform der Ökonomie. Vielmehr müssen neben dem Wettbewerb, der in manchen Bereichen sicherlich seinen

Zweck erfüllt, andere Formen der Organisation gefunden oder wieder aktivieren werden. Ein solches gemischtwirtschaftliches System, wie in der Nachkriegszeit, bietet die Möglichkeit, daß wir mit unserem potentiellen Reichtum zu recht kommen, ihn effektiv nützen können, ihn effektiv produzieren.

Sicherlich wäre nun noch über andere Wirkungen der Direktinvestitionen, der sogenannten Globalisierung allgemein zu reden, nämlich über die internationale Konzentration, die wiederum zur Folge hat, daß die politischen Aktionsmöglichkeit selbst der Mittelstaaten einschränkt werden, daß diese Konzentration dazu führen wird, daß die Preise weniger denn je auf den Gütermärkten flexibel sind und sich nach den Kosten richten. Es ist danach fragen, womit diese internationale Konzentration finanziert wurde, nämlich aus Steuer- und Lohnverzicht kombiniert mit steigender Arbeitsproduktivität. All dies sind wichtige weitere Argumente, um zu zeigen, daß die gegenwärtigen Prinzipien, die den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft beherrschen, von Grund auf falsch sind, daß sie nicht sachdienlich sind, wenn Wohlfahrt der Zweck des Wirtschaftens sein soll. Eines wird man begreifen müssen, wenn man sich alles unvoreingenommen durch den Kopf gehen läßt: die Gesellschaft ist gegenwärtig recht idiotisch organisiert.

Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Hauptsache Arbeit? Maßstäbe. Modelle. Visionen." im Museum der Arbeit in Hamburg, 1999/2000